



**komba
gewerkschaft**

**schleswig-
holstein**

komba gewerkschaft e.V. • Hopfenstraße 47 • 24103 Kiel

An die Vertreter der Presse

Fachgewerkschaft
für den öffentlichen Dienst

Hopfenstraße 47
24103 Kiel

Telefon: 0431.535579-0
Fax: 0431.535579-20

Mail: info@komba-sh.de
Web: www.komba-sh.de

Vereinsregister: VR 7506 KI

9. Januar 2025

Arbeitgeber gegen Arbeitnehmerrechte: Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Kiel – Die Tageszeitung WELT berichtet über den Vorschlag des Allianz-Chefs Oliver Bäte, die Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag abzuschaffen und einen entgeltfreien Karenztag einzuführen. Bäte behauptete, dies könne zu erheblichen Kosteneinsparungen führen, da Arbeitnehmer in Deutschland mehr Krankheitstage hätten als im Rest der EU. Laut ihm könnten Arbeitgeber dadurch jährlich um 40 Milliarden Euro entlastet werden. Unterstützung erhält er vom Mercedes-Chef Ola Källenius, der ebenfalls auf angeblich wirtschaftliche Vorteile hinweist.

Die komba gewerkschaft kritisiert diesen Vorschlag scharf und warnt vor den gesundheitlichen und sozialen Konsequenzen eines solchen Schrittes. Daniel Schlichting, Landesvorsitzender der komba gewerkschaft schleswig-holstein, äußert sich unmissverständlich: „Den Sozialstaat mit der neoliberalen Abrissbirne zugunsten der Vermögenden zu demontieren, das wird es mit der komba gewerkschaft nicht geben!“ Schlichting befürchtet, dass Beschäftigte aus Angst vor Einkommensverlust trotz Krankheit zur Arbeit erscheinen, was als "Präsentismus" bezeichnet wird.

Gefahr für Gesundheit und soziale Gerechtigkeit

Der Vorschlag des Allianz-Chefs Oliver Bäte, die Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag zu streichen und einen Karenztag einzuführen, ist nicht nur zutiefst ungerecht, sondern auch brandgefährlich. Denn das bedeutet reale Einkommensverluste der Beschäftigten zugunsten der Arbeitgeber und das in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation durch Konsumzurückhaltung der Beschäftigten.

Die Einführung eines Karenztages verstärkt die bereits verbreitete Praxis des Präsentismus. Dies gefährdet nicht nur die Gesundheit der Arbeitnehmer, sondern erhöht auch das Risiko von Ansteckungen

am Arbeitsplatz und führt zu längeren Krankheitszeiten ganzer Abteilungen und gesundheitlichen Schäden. Schlichting stellt in aller Deutlichkeit klar: „Hat sich einer der Vorstandsvorsitzenden vorher Gedanken darüber gemacht, welche Konsequenzen es hat, wenn Erzieher*innen krank in der Kita erscheinen, Pflegekräfte mit Bronchitis auf Station gehen oder Notfallsanitäter in ihrer 48-Stunden-Woche mit entzündeten Mandeln Unfallopfer retten, nur weil sie sich die Einkommensverluste nicht leisten können?“

Während der Corona-Pandemie war es Konsens, immunsupprimierte Menschen zu schützen. Hierzu wurden für Millionen von Euros Testkapazitäten aufgebaut – jetzt soll das gesundheitliche Wohlergehen der Beschäftigten zugunsten finanzieller Profite der Arbeitgeber geopfert werden?

Gerechtigkeit und Schutz

Die Abschaffung der Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag beeinträchtigt die finanzielle Sicherheit der Lohnabhängigen massiv. Besonders Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte wären schwer getroffen. „70% der beschäftigten Frauen im öffentlichen Dienst arbeiten in Teilzeit, um ihre Kinder zu erziehen oder ihre Eltern am Sterbebett zu pflegen. Diesen Menschen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wegnehmen zu wollen, ist unanständig und zeigt keine charakterliche Stärke“, kritisiert Schlichting. „Es macht mich sprachlos, wenn politische und wirtschaftliche Eliten, die über beträchtliche Einkünfte verfügen, sich derart über die Bedürfnisse der Lohnabhängigen hinwegsetzen. Allianz-Vorstand Bäte bezieht eine Grundvergütung von fast zwei Millionen Euro, Mercedes-Chef Källenius über ein Jahresgehalt von mehr als 12 Millionen, das muss nicht weiter kommentiert werden.“

Arbeitsmotivation und Vertrauen

Ein unentgeltlicher Karenztag untergräbt außerdem das Vertrauen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und führt zu einer Kultur des Misstrauens. Mitarbeitende, die sich unterstützt und wertgeschätzt fühlen, sind motivierter und produktiver. Der Vorschlag, die Lohnfortzahlung zu streichen, sendet das völlig falsche Signal. Nämlich dass Beschäftigte unter Generalverdacht stehen, ihre Arbeitszeit zu missbrauchen.

Volkswirtschaftliche Auswirkungen

Die Einführung eines Karenztages würde in Wahrheit auch dauerhaft höhere Kosten bedeuten, da Krankheitszeiten verlängert und Produktivitätsausfälle sowie Unfallrisiken zunehmen würden. Dazu der Landesvorsitzende: „Wenn ganze Abteilungen krank werden, ist das wirtschaftlich kontraproduktiv und zeigt, dass es den Vorständen und neoliberalen Experten nicht um Innovation, sondern nur um eigene Profite und Karrieresprünge geht. Und das auf Kosten der Gesellschaft und der Beschäftigten.“

Arbeitsrechtliche Errungenschaften

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist eine wichtige Errungenschaft der Gewerkschaften nach langwierigen Arbeitskämpfen. Besonders der Streik von 1956, an dem etwa 500.000 Beschäftigte teilnahmen, war entscheidend für die Einführung dieser sozialen Errungenschaft. „Wir werden uns nicht stellen lassen, was wir in den Jahren mühsam erkämpft haben“, betont Schlichting.

Politische und wirtschaftliche Eliten

Die Forderung nach Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kommt offenbar von gut situierten Eliten, die gerne im Porsche auf Sylt heiraten, sich für die Rente ab 70 stark machen und gleichzeitig Streikrechte durch Verfassungsänderungen einschränken wollen, wenn Gewerkschaften un bequem werden. Mit ihren Mitgliedern trägt die komba gewerkschaft aber zu fairen Abschlüssen und vor allem zur demokratischen Teilhabe am Arbeitsplatz bei. Provokationen der Wohlhabenden werden Deutschland nicht voranbringen, sondern nur dazu führen, dass hochqualifizierte Fachkräfte ins Ausland abwandern und die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderdriftet.

Abwanderungsgefahr hochqualifizierter Fachkräfte

Länder wie die Schweiz oder skandinavische Nationen bieten bereits heute attraktivere Arbeitsbedingungen, da sie den Wert ihrer qualifizierten und motivierten Beschäftigten erkannt haben. Deutschland riskiert, mehr Fachkräfte zu verlieren und durch Stagnation und Rückwärtsgewandtheit zum Schlusslicht Europas zu werden. Während in den USA Donald Trump mit Slogans wie „America first“ sein Revier markiert, fragt Daniel Schlichting: „Wer tritt politisch noch für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung ein, also derjenigen, die den Laden am Laufen halten und Steuern bezahlen? Wo bleibt der Wohlstand für alle, der uns versprochen wurde?“

Überlastung: Dringender Handlungsbedarf

Der kürzlich veröffentlichte Index „Gute Arbeit 2024“ unterstreicht die Dringlichkeit besserer Arbeitsbedingungen zur Sicherung des Fachkräftepotenzials. Die Umfrage zeigt, dass fast die Hälfte aller Beschäftigten in Deutschland persönlich von Personalmangel betroffen ist. Besonders in Engpassberufen wie Technik, Pflege, Bildung und Erziehung ist der Mangel gravierend. Diese Situation führt zu einer Abwärtsspirale, da Beschäftigte den Beruf aufgrund übermäßiger Belastungen verlassen. Zudem zeigt die Studie, dass dienstliche Weiterbildungsangebote oft ungenutzt bleiben, weil überlastende Arbeitssituationen die Teilnahme erst gar nicht zulassen. Dazu Schlichting: „Ohne bessere Tarifbedingungen ist keine nachhaltige Gesundheit am Arbeitsplatz und keine nachhaltige Fachkräftesicherung möglich. Die Stärkung von Tarifverträgen ist unerlässlich, um die Attraktivität der Berufe zu erhöhen.“

Das gilt im Übrigen auch für die öffentlichen Arbeitgeber in Schleswig-Holstein. Um weiter gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, müssen mehr von ihnen in die Tarifbindung zurückkehren. In vielen privatrechtlichen Mehrheitsbeteiligungen des Landes und der Kommunen wird die Vergütung zwar an Tarifverträge angelehnt, aber nicht vollständig umgesetzt. Es fehlen Entgeltstufen oder Jahressonderzahlungen werden oft nur auf freiwilliger Basis geleistet. Dies widerspricht dem Ziel des Tariftreuegesetzes, das gleiches Entgelt für alle Beschäftigten sichern sollte.

Wie das Hamburger Abendblatt aber im November berichtete, plant die schwarz-grüne Koalition in Schleswig-Holstein nun schon gar nicht mehr, den Koalitionsvertrag hinsichtlich der Tariftreue umzusetzen. Ministerpräsident Daniel Günther äußerte sich dazu: „Ich glaube, dass die Menschen Verständnis dafür haben, wenn ein Koalitionsvertrag nicht mehr 1:1 umgesetzt wird.“ Der Landesvorsitzende der

komba gewerkschaft kontert: „Die komba gewerkschaft hat für fehlende Tarifbindung kein bisschen Verständnis.“

Gewerkschaftliche Errungenschaften können auch verloren gehen!

In der Bundesrepublik sind politische und wirtschaftliche Kräfte am Werk, die das Rad der sozialen Errungenschaften zurückdrehen möchten. Dadurch werden nur noch größere Ungleichheiten und Abhängigkeiten entstehen. Steigende Miet-, Energie- und CO²-Preise verschärfen diese Situation, das war vermutlich erst der Anfang. Wer jetzt, vor der ersten Einkommensrunde im TVöD am 25. Januar, nicht Mitglied der komba gewerkschaft wird, um die Arbeitnehmerpositionen grundlegend zu stärken, beschädigt sich selbst und sein eigenes finanzielles Auskommen. „Behalten Sie im Gedächtnis, wer sich rückwärtsgewandt zeigt und die Beschäftigten ihrer Rechte und Löhne berauben möchte“, mahnt Schlichting, kurz vor der Bundestagswahl.

Die komba gewerkschaft ist die führende Fachgewerkschaft für den öffentlichen Dienst. Sie vertritt bundesweit rund 100.000 Angestellte im TVöD, TV-L, bei kommunalen Dienstleistern sowie Kommunal- und Landesbeamte und ist im Dachverband des dbb beamtenbund und tarifunion organisiert.

komba – Gemeinsam für faire und gesunde Arbeitsbedingungen!

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Sehleier

Leiter der Geschäftsstelle